

# Freimarkt – immer noch das alte Spiel

Vergabe nach neuen Richtlinien – es geht nur um die Macht, wer die Pfründen vergibt.

5 Am 19.1.2012 meldet der Weser Kurier, dass die Schaustellerverbände mit den neuen Vergaberichtlinien für die Plätze auf der Bürgerweide für den Freimarkt nicht zufrieden seien. Sie wollten wissen, wem die Verwaltung welchen Platz versprochen habe, um darauf Einfluss zu nehmen. Die öffentliche Verwaltung behält sich aber das Recht vor – und nun auch noch, ohne die Namen der Auserwählten herauszurücken. Aus früheren Veröffentlichungen ist bekannt, dass sich mehr  
10 Schausteller um Standplätze bewerben, als vergeben werden können – und zwar in der Größenordnung drei zu eins. Der Weser Kurier beschreibt an anderer Stelle einen Standort auf dem Freimarkt als die Lizenz zum Geld Drucken. Sonst würden wohl auch nicht so viele Unternehmen auf den Freimarkt drängen. Also übt die Öffentliche Verwaltung mit der Vergabe der Standplätze Macht aus, kann begünstigen und bestrafen – das übliche Spiel der politisierten Bremischen Verwaltung. Klar dass die Schaustellerverbände sich von dieser Teilhabe an der Macht nicht gerne abdrängen lassen. Trotzdem werden nach den Meldungen in der Zeitung die direkten öffentlichen Kosten der Volksfeste auf öffentlichen Plätzen, so auch der Osterwiese und insbesondere des Freimarktes, nicht durch die Standgebühren  
20 gedeckt<sup>1</sup>. Warum nicht? – Eben um Macht auszuüben.

Die Verwaltung könnte ja das Konzept aufstellen und öffentlich machen, wo die Wege auf der Bürgerweide verlaufen und festlegen, wo Fahrgeschäfte, Gastwirte, Schieß- und Losbuden usw. hingehören. Auch könnte sie weitere Kriterien festlegen, wie z.B. Bezahlung der Beschäftigten mindestens nach Tarif oder Mindestlohn. Wenn es den Schaustellerverbänden nur um einen guten Freimarkt ginge, würden sie mit sachlichem Rat bei der Konzeption zur Seite stehen. So funktioniert eigentlich Demokratie. Dann könnte die Marktverwaltung die Standorte öffentlich meistbietend versteigern und damit sicherlich mehr einnehmen als heute.  
25 Die Zahl der Besucher würde das nicht berühren. Den Besuchern ist es doch gleichgültig, wie die Gewinne, die mit ihren Ausgaben auf dem Freimarkt gemacht werden, unter den Beteiligten Anbietern, und dazu gehört auch die Stadt mit der Bereitstellung der teuren Infrastruktur, verteilt werden. Die Preise müssten deswegen nicht steigen, nur die Gewinne der Privaten vielleicht etwas sinken zugunsten der Einnahmen der öffentlichen Hand, die dann endlich wenigstens ihre Ausgaben wieder herein bekäme.  
30  
35

Dies ist nur ein kleines Beispiel, wie die öffentlichen Finanzen Bremens an die Unternehmen verschenkt werden und die Haushaltsnotlage nicht entstanden ist, weil „die Bremer über ihre Verhältnisse gelebt hätten.“

---

<sup>1</sup> Weser Kurier vom 29.10.2007 S 13